

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	9
----------------	---

Erster Teil:

Vorschläge für Maßnahmen der Entkriminalisierung	13
I. Kriminalpolitische Grundsätze	13
II. Vorschläge für Änderungen im Allgemeinen Teil des Strafgesetzbuches	15
1. Einführung eines materiell-rechtlichen Geringfügigkeitsprinzips	15
2. Einschränkung der Strafbarkeit fahrlässigen Verhaltens	17
3. Anhebung des Mindestalters für freiheitsentziehende Sanktionen und der Strafmündigkeit	19
4. Reduzierung von Freiheitsentzug durch Erweiterung der Strafaussetzung zur Bewährung	21
5. Erweiterung der »Verwarnung mit Strafvorbehalt«	22
6. Absehen von Strafe nach Täter-Opfer-Ausgleich	24
III. Bagatellverstöße gegen Eigentum und Vermögen	28
1. Reform der Ahndung von Ladendiebstählen und ähnlicher Delikte	29
2. Streichung des Straftatbestandes der Leistungerschleichung (§ 265 a StGB)	33
IV. Maßnahmen im Bereich der Straßenverkehrsdelinquenz	34
1. Straffreiheit der Verkehrsunfallflucht bei tätiger Reue	35
2. Trunkenheit im Straßenverkehr	36
3. Anhebung der Verfolgungsvoraussetzungen bei fahrlässiger Körperverletzung	38
4. Herabstufungen zu Ordnungswidrigkeiten im Verkehrsstrafrecht	38
V. Reform des Betäubungsmittel-Strafrechts	40
VI. Herabstufungen im sonstigen Nebenstrafrecht	45

Zweiter Teil:

Vorschläge zur Reform des Sexualstrafrechts	47
I. Kriminalpolitische Grundsätze	47
II. Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung	48
1. Legaldefinition des Geschlechtsverkehrs (§ 184 c StGB)	48
2. Reform des Straftatbestandes der Vergewaltigung (§ 177 StGB)	49

a. Opferkreis	49
b. Streichung des Merkmals »außerehelich«	50
c. Nötigungsmittel	51
d. Strafrahen	52
e. Widerspruchsrecht des Opfers	53
f. Formulierungsvorschlag	54
3. Neufassung des Straftatbestandes der sexuellen Nötigung (§ 178 StGB)...	55
4. Änderung des Straftatbestandes des sexuellen Mißbrauches Widerstandsunfähiger (§ 179 StGB)	56
5. Änderung des Straftatbestandes des sexuellen Mißbrauches von Schutzbefohlenen (§ 174 StGB)	56
III. Entkriminalisierung im Bereich der »Unzuchtsdelikte«	57
1. Streichung des Straftatbestandes des Beischlafes zwischen Verwandten (§ 173 StGB)	57
2. Streichung des Straftatbestandes der homosexuellen Handlungen (§ 175 StGB)	58
3. Streichung des Straftatbestandes der Verführung (§ 182 StGB)	59
4. Streichung des Straftatbestandes der Entführung mit Willen der Entführten (§ 236 StGB)	60
5. Streichung des Straftatbestandes der Entführung gegen den Willen der Entführten (§ 237 StGB)	61
6. Änderung des § 238 StGB	61
7. Streichung des Straftatbestandes der Erregung öffentlichen Ärgernisses (§ 183 a StGB)	61
8. Reform der Prostitutionsdelikte (§§ 180 ff StGB)	62
a. Diskriminierung von Prostituierten durch das geltende Recht	62
b. Reform der §§ 180 ff StGB	63

Dritter Teil:

Reform des Straftatbestandes der Nötigung (§ 240 Strafgesetzbuch)	65
I. Zur Notwendigkeit einer Reform des § 240 StGB	65
1. Entmaterialisierung des Gewaltbegriffes	65
2. Drohung mit einem empfindlichen Übel	66
3. Zur Verwerflichkeitsklausel des § 240 Abs. 2 StGB	67
4. Zur praktischen Anwendung des § 240 StGB	69
II. Vorschläge für eine Reform des § 240 StGB	69
1. Grundsätze für eine Neufassung	70
2. Zum Begriff der Gewalt	70
3. Drohungstatbestand	71

4. Antragsdelikt	72
5. Praktische Auswirkungen der vorgeschlagenen Reform	72
III. Formulierungsvorschlag für eine Änderung des Strafgesetzbuches	73

Vierter Teil:

Reform der lebenslangen Freiheitsstrafe	75
I. Zur Kritik der lebenslangen Freiheitsstrafe	75
II. Gesetzgeberischer Handlungsbedarf	77
III. Vorschlag zur Änderung des § 57 a StGB	77

Fünfter Teil:

Revision der Anti-Terrorismus-Gesetzgebung und Vorschläge zur Fortentwicklung des Strafverfahrensrechts	79
I. Kriminalpolitische Grundsätze	79
II. Revision der Anti-Terrorismus-Gesetzgebung	81
1. Zu den Organisationsdelikten der §§ 129, 129 a StGB	81
a. Die Organisationsdelikte als Kernstück der Anti-Terrorismus-Gesetzgebung	81
b. Zur Streichung der Tatbestandsalternativen »Gründung« und »Mitgliedschaft«	82
c. Streichung der Tatbestandsalternativen »Werbung« und »Unterstützung«	84
2. Verfahrensrechtliche Vorschläge zur Revision der Anti-Terrorismus-Gesetzgebung	85
a. Streichung der Kronzeugenregelung bei terroristischen Straftaten	85
b. Eingriffe in das Recht auf Verteidigung durch Verteidigerausschlüsse	87
c. Pflichtverteidigung und Sicherstellung des Verfahrens	90
d. Kontrolle des Verteidigerverkehrs	92
e. Streichung der Kontaktsperrregelung	93
f. Abschaffung der erstinstanzlichen Zuständigkeit der Oberlandesgerichte	94
III. Fortentwicklung des Strafverfahrensrechtes	95
1. Stärkung des anwaltlichen Beistandes in der ersten Phase der Ermittlungstätigkeit	96
2. Reform der Kostentragungspflicht in Strafverfahren	99